

Thema: Bei der Eröffnung des 118. Deutschen Ärztetages in Frankfurt am Main verteidigte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe die zentralen gesundheitspolitischen Vorhaben der Regierungskoalition gegen die Kritik des Ärztepräsidenten Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery. Bei den Wahlen bestätigten die Delegierten die bisherige Spitze der Bundesärztekammer. **von Horst Schumacher**

Montgomery: „Freiberuflichkeit sichert die Rechte der Patienten“



„**F**reiheit und Verantwortung“ war das Leitmotiv in der Eröffnungsrede von Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery beim 118. Deutschen Ärztetag Mitte Mai in der Frankfurter Paulskirche. „Wir stehen tagtäglich zu unserer Verantwortung in Praxen und Kliniken, im Gesundheitsamt genauso wie beim Notfalleinsatz auf der Straße“, sagte der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK) und des Deutschen Ärztetages. Zudem übernehme die Ärzteschaft Verantwortung für die Organisation des Gesundheitswesens. Notwendigerweise müsse mit der Verantwortung die Freiheit der Berufsausübung verbunden sein. Montgomery: „Freiberuflichkeit sichert freie medizinische Entscheidungen. Sie sichert die Unabhängigkeit des Patient-Arzt-Verhältnisses. Sie sichert damit Patientenrechte. Wir brauchen die Freiberuflichkeit als Prinzip ärztlicher Verantwortung. Ohne sie wäre alles nichts.“

Montgomery warnte davor, die Freiberuflichkeit zu beschneiden – zum Beispiel mit der Regelung zum „Zwangsaufkauf von frei werdenden Praxen in vermeintlich überversorgten Gebieten“, wie sie der Entwurf des Versorgungsstärkungsgesetzes vorsieht. Zwar sei es gelungen, die Überversorgungsgrenze von 110 Prozent auf 140 Prozent anzuheben. Aber: „Es bleibt dabei: das ganze Verfahren stellt vom Prinzip her einen Angriff auf die Freiberuflichkeit dar.“ Angeblich solle die Regelung in unterversorgten Gebieten die Versorgung verbessern. Doch werde durch den „Wegkauf“ einer Arztpraxis in vermeintlich überversorgten Gebieten noch keine einzige Praxis in unterversorgten Gebieten neu gegründet. Montgomery: „Hier stimmt einfach die Philosophie nicht. Statt den klugen Weg zu gehen und sinnvolle Anreize zu

setzen, wird mit bürokratischen Verfahren die Freiberuflichkeit eingeschränkt. Das kann auf Dauer nicht funktionieren.“ Auch die vom Gesetzgeber geplanten Terminservicestellen zur Vergabe von Facharztterminen sind nach den Worten des BÄK-Präsidenten zu hinterfragen: „Welchen Sinn macht es, Praxisstandorte abzubauen, wenn gleichzeitig vorgebliche Terminprobleme unserer Patienten die Politik auf den Plan rufen? Auch hier stirbt wieder ein Stück Freiheit, nämlich das Recht auf freie Arztwahl.“

Investitionen: Länder können sich zurücklehnen

Mit Blick auf die geplante Krankenhausreform stellte Montgomery klar, dass Pflegepersonal und Ärzte in vielen Kliniken völlig überlastet sind. Darüber hinaus erschwere alte Bausubstanz moderne Hygiene: „Da helfen dann auch keine neuen Hygienegesetze.“ Dennoch hätten die Länder erreicht, dass die Krankenhausinvestitionen lediglich auf den Mittelwert der Jahre 2012 bis 2014 festgeschrieben werden sollen, sodass sie sich „ruhig zurücklehnen können“. Mittel aus dem Strukturfonds des Bundes, der bis zu 500 Millionen Euro enthalten soll, sollen nur bei 50-prozentiger Beteiligung des Landes fließen. „Wer glaubt, dass die Länder, die schon bei ihren langfristig planbaren Investitionen knickern und knausern, hier auch nur einen müden Euro zusätzlich locker machen, der wird noch bitter enttäuscht werden“, sagte der BÄK-Präsident.



Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages: „Wir stehen tagtäglich zu unserer Verantwortung in Praxen und Kliniken.“ Foto: jardai/modusphoto



Hermann Gröhe, Bundesminister für Gesundheit:
Gegen die Stimmen der Ärzteschaft wird kein einziger
Vertragsarztsitz aufgekauft. Foto: jardai/modusphoto

Positiv bewertete Montgomery die im Versorgungsstärkungsgesetz vorgesehene Förderung der Weiterbildung in der Allgemeinmedizin. Nach den Plänen der Koalition stehen künftig Mittel für 7.500 in Weiterbildung befindliche Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung statt wie bisher für 5.000. „Dieses Geld muss aber den Kollegen in der Weiterbildung und den Weiterbildungspraxen direkt zugutekommen und darf nicht in irgendwelchen Instituten versickern“, sagte der BÄK-Präsident. Scharf kritisierte Montgomery das geplante Tarifeinheitsgesetz. Statt Frieden in Tarifautonomie zu stiften würden die Belegschaften der Krankenhäuser gegeneinander aufgehetzt. Er forderte die Politik auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen: „Noch ist es dazu nicht zu spät.“

Gröhe setzt auf Niederlassungsanreize

„Lassen wir uns auf das konzentrieren, was wir wirklich brauchen: mehr Niederlassungs-Anreize“, sagte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe in seinem Grußwort in Frankfurt. Das Versorgungsstärkungsgesetz werde es den Kassenärztlichen Vereinigungen erstmals ermöglichen, im ganzen Land mit Hilfe von Strukturfonds Vergütungsanreize zu schaffen, damit sich Ärztinnen und Ärzte in einem bestimmten Gebiet niederlassen. „Das nenne ich Vertrauen in die Selbstverwaltung, Anreize stehen im Mittelpunkt“, so der Minister. Er wies darauf hin, dass über den im Gesetz vorgesehenen Aufkauf von Vertragsarztsitzen in überversorgten Gebieten in jedem einzelnen Fall die Zulassungsausschüsse entscheiden werden. Gegen die Stimmen der Ärzteschaft werde kein einziger Aufkauf stattfinden. Zum Argument einer lediglich „vermeintlichen“ Überversorgung in bestimmten Regionen, die in Wirklichkeit auf veralteten Zahlen beruhe, sagte Gröhe, dass die Bedarfsplanung der Selbstverwaltung übertragen sei. Zu den in der Ärzteschaft auf breite Ablehnung stoßenden Terminservicestellen versicherte der Minister: „Selbstver-

ständig bleibt die freie Arztwahl völlig unangestastet.“ Im Übrigen habe er nichts dagegen, wenn die Servicestellen nichts zu tun bekommen werden.

Auch die Reformpläne für das Krankenhaus verteidigte er gegen Montgomerys Kritik. Gröhe hält es für richtig, dass der Bund die Zahlung von Beitragsmitteln aus der Gesetzlichen Krankenversicherung für Strukturveränderungen im stationären Sektor an eine zusätzliche Mindest-Investition der Länder knüpfen will: „Wir machen ein bisschen Mut, Investitionsziele zu erreichen, und das wird sicher die parlamentarische Debatte noch bestimmen.“ Darüber hinaus will der Bund bis 2018 aus einem Sonderfonds 3,5 Milliarden Euro zusätzlich für die Investitionen finanzschwacher Kommunen aufbringen. Verwendungszweck Nummer eins sei das Krankenhaus, sagte der Bundesgesundheitsminister in Frankfurt, eine Refinanzierung von bis zu 90 Prozent sei vorgesehen.

Spitze der Bundesärztekammer klar bestätigt

Bei den Wahlen auf dem Frankfurter Ärztetag ist die seit 2011 amtierende Spitze der Bundesärztekammer für vier weitere Jahre klar bestätigt worden: Bei der Wahl zum Präsidenten erhielt Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery 161 von 230 gültigen Stimmen. Der 62-jährige Radiologe ist zugleich Präsident der Ärztekammer Hamburg. Als Vizepräsidentin wurde Dr. Martina Wenker in ihrem Amt bestätigt. Sie erhielt 221 von 245 gültigen Stimmen. Die 56-jährige ist Fachärztin für Innere Medizin und Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen. Ebenfalls im Amt des BÄK-Vizepräsidenten bestätigt wurde Dr. Max Kaplan (62). Er erhielt 209 von 233 gültigen Stimmen. Der Facharzt für Allgemeinmedizin ist Präsident der Bayerischen Landesärztekammer. Die beiden „weiteren“ Vorstandsämter in der Bundesärztekammer, die vom Deutschen Ärztetag zu wählen sind, gingen an Dr. Ellen Lundershausen aus Thüringen und Dr. Klaus Reinhardt, Vizepräsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe und Bundesvorsitzender des Hartmannbundes. Die Präsidentinnen und Präsidenten der 17 Landesärztekammern gehören dem BÄK-Vorstand qua Amt an.

In unserem Juli-Heft folgen Berichte zu weiteren Themen des 118. Deutschen Ärztetages:

- Persönliche Kommentare von nordrheinischen Delegierten
- Kommunikative Kompetenz im ärztlichen Alltag – Verstehen und Verständigen
- Novellierung der (Muster-)Weiterbildungsordnung und der (Muster-)Berufsordnung
- Novelle der Gebührenordnung für Ärzte
- Ausführliche Informationen zum 118. Deutschen Ärztetag finden sich auch auf der Homepage der Bundesärztekammer www.baek.de und des Deutschen Ärzteblattes www.aerzteblatt.de.

RhÄ

Professor Dr. Waltraut Kruse und Dr. Dieter Mitrenga mit der Paracelsus-Medaille ausgezeichnet

Beim 118. Deutschen Ärztetag sind Professor Dr. Waltraut Kruse aus Aachen und Dr. Dieter Mitrenga aus Köln mit der Paracelsus-Medaille geehrt worden. Diese höchste Auszeichnung der deutschen Ärzteschaft für verdiente Ärzte stiftete das Präsidium des Deutschen Ärztetages im Jahre 1952. Die Paracelsus-Medaille wird seit dem Stiftungsjahr alljährlich in der Regel an drei Ärzte des In- und Auslandes verliehen, und zwar je eine für vorbildliche ärztliche Haltung, für hervorragende wissenschaftliche Leistungen und für erfolgreiche berufsständische Arbeit. Die Verleihung erfolgt durch Beschluss des Vorstandes der Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Ärztekammern), der auf dem Deutschen Ärztetag zu verkünden ist. Über die Verleihung der Paracelsus-Medaille wird eine Urkunde ausgestellt, in der die besonderen Verdienste gewürdigt werden. Wir dokumentieren den Wortlaut der Urkunden für die in diesem Jahr ausgezeichneten Mitglieder der Ärztekammer Nordrhein:



Professor Dr. Waltraut Kruse
(Aachen)
Foto: privat

Die deutschen Ärztinnen und Ärzte ehren in **Waltraut Kruse** eine Ärztin, die sich Zeit ihres Lebens für das Fach Allgemeinmedizin, für die Psychotherapie sowie für die Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten in unermüdlicher Weise eingesetzt hat. Dabei war ihr auch die Förderung junger Frauen im ärztlichen Beruf immer ein besonderes Anliegen, das auch durch die höchste Auszeichnung der deutschen Ärzteschaft gewürdigt wird. Seit 1952 ist Frau Professor Kruse die sechzehnte Frau, der die Paracelsus-Medaille verliehen wird.

In den 1970er Jahren setzte sie sich als Leiterin des Lehrgebiets Allgemeinmedizin an der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen vorbildlich dafür ein, die Familienmedizin, Suchtprophylaxe und Prävention im Kindes- und Jugendalter in die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte zu integrieren. Ihr ist es maßgeblich zu verdanken, dass das Curriculum „Psychosomatische Grundversorgung“ Eingang in die haus- und fachärztliche Versorgung fand, um Patienten mit psychischen und psychosomatischen Störungen zu diagnostizieren und versorgen zu können.

Waltraut Kruse hat sich mit ihrer ärztlichen Arbeit und später auch als Bürgermeisterin der Stadt Aachen

um die ärztliche Versorgung der Bevölkerung, das Gesundheitswesen, die ärztliche Selbstverwaltung und um das Gemeinwohl in der Bundesrepublik Deutschland in hervorragender Weise verdient gemacht.



Dr. Dieter Mitrenga
(Köln)
Foto: Till Erdmenger

Die deutschen Ärztinnen und Ärzte ehren in **Dieter Mitrenga** einen Arzt, der sich Zeit seines Lebens in den Dienst der Patienten und durch sein außergewöhnliches berufspolitisches Engagement in den Dienst der Ärzteschaft gestellt hat. Bis 2007 war der Internist, Rheumatologe, Nephrologe und AIDS-Spezialist Chefarzt der Klinik für Innere Medizin am Krankenhaus der Augustinerinnen in Köln. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass in einem konfessionellen Haus bereits vor 25 Jahren ein Behandlungsschwerpunkt für HIV und AIDS eingerichtet wurde. Später wurde Mitrenga zum Vorsitzenden der Landeskommission AIDS NRW berufen und gehört seit Jahren dem Fachbeirat der Deutschen AIDS-Stiftung an.

Der Name Mitrenga ist unweigerlich mit dem Marburger Bund verbunden. Bereits als Student trat er in den Verband ein und wurde später in den Bundesvorstand gewählt und nach seinem Ausscheiden zum Ehrenmitglied ernannt. Schwerpunkte seiner ärztlichen und berufspolitischen Arbeit waren außerdem die Weiter- und Fortbildung. Er hat an mehreren Musterweiterbildungsordnungen mitgewirkt und war Vorsitzender der Weiterbildungsgremien der Ärztekammer Nordrhein und Mitglied der Ständigen Konferenz Weiterbildung der Bundesärztekammer.

Dieter Mitrenga hat sich um die medizinische Versorgung der Bevölkerung, um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Ärztinnen und Ärzten, die ärztliche Selbstverwaltung und um das Gemeinwohl in der Bundesrepublik Deutschland in hervorragender Weise verdient gemacht.



Foto: Jochen Rolfes